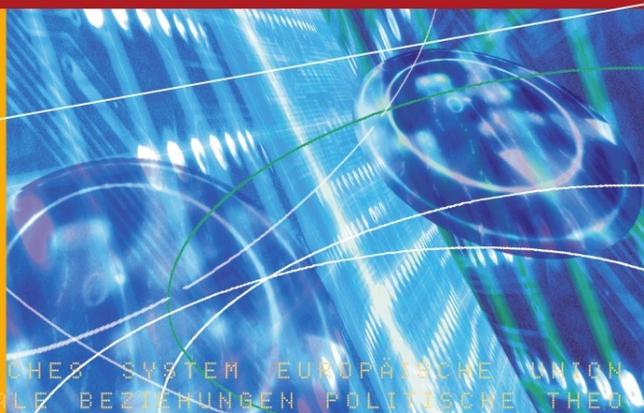


Manuela Glaab  
Karl-Rudolf Korte (Hrsg.)

# Angewandte Politikforschung



BUNDESTAG GRUNDGESETZ POLITISCHES SYSTEM EUROPÄISCHE UNION  
WAHLEN VERFASSUNG INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEO  
RIE PARTEIEN INSTITUTIONEN POLITISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN  
PARLAMENTARISMUS DEMOKRATIE MACHT REGIERUNG VERWALTUNG FÖDER  
ALISMUS POLITISCHE SOZIOLOGIE GLOBALISIERUNG POLITISCHE KOMMU

 Springer VS

---

# Angewandte Politikforschung

---

Manuela Glaab • Karl-Rudolf Korte (Hrsg.)

# Angewandte Politikforschung

Eine Festschrift für  
Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld

 Springer VS

*Herausgeber*

Dr. Manuela Glaab  
Ludwig-Maximilians-Universität München,  
Deutschland

Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte  
Universität Duisburg-Essen,  
Deutschland

ISBN 978-3-531-19671-8

DOI 10.1007/978-3-531-19672-5

ISBN 978-3-531-19672-5 (eBook)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden 2012

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

*Redaktion:* Dr. Frank Gadinger, Julia Staub (NRW School of Governance, Universität Duisburg-Essen); Johannes Meiners (Ludwig-Maximilians-Universität München)

*Einbandentwurf:* KünkelLopka GmbH, Heidelberg

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media  
[www.springer-vs.de](http://www.springer-vs.de)

# Inhalt

## 1. Theoretische Grundlagen, Methoden und Zugänge

<i>Manuela Glaab/Karl-Rudolf Korte</i> Angewandte Politikforschung – Konzeption und Forschungstradition	11
<i>Andreas Blätte</i> Der Reformdiskurs in der universitären Vermittlung angewandter Politikforschung – Thesen zu Kontextualisierung und Reorientierung	45
<i>Warnfried Dettling</i> Angewandte Politikforschung – Idee und Wirklichkeit	61
<i>Manuel Fröhlich</i> Angewandte Politikforschung <i>avant la lettre</i> – Aktuelle Betrachtungen anhand zweier Friedenspläne aus dem achtzehnten Jahrhundert	67
<i>Heinz-Jürgen Axt</i> Reflexionen zur Politikberatung	81
<i>Karl-Rudolf Korte</i> Besondere Herausforderungen der angewandten Regierungsforschung	91

## 2. Strukturen, Akteure, Ressourcen und Gegenstände

<i>Josef Janning/Jürgen Turek</i> Das Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P) – Brückenbauer zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft	101
<i>Markus Hoffmann/Marion Steinkamp</i> Die NRW School of Governance – Angewandte Politikforschung im Spannungsfeld von Forschung und Lehre	117
<i>Josef Janning</i> Auswärtiges Amt – Eine Betrachtung zum Wandel von Außenpolitik und Politikberatung in Deutschland	127
<i>Tassilo Wanner/Daniel von Hoyer</i> Angebot trifft Nachfrage? Politikberatung im Umfeld deutscher Parlamente	137

<i>Otto Schmuck</i> Landesregierungen und Mehrebenenpolitik	151
<i>Melanie Piepenschneider</i> Stiftungen – Politikforschung und Politikberatung auf christlich-demokratischer Grundlage	165
<i>Thomas Leif</i> Souveränitätsverzicht der Politik und Bedeutungsverlust der Parlamente – Lobbyismus als Schatten-Management widerspricht dem Prinzip des Pluralismus	179
<i>Jürgen Gros</i> Kommunikation in Genossenschaftsverbänden	199
<i>Andreas Kießling</i> Politische Unternehmenskommunikation und angewandte Politikforschung – Potentiale und Limitationen am Beispiel der Erneuerbaren Energien-Politik im Wendejahr 2011	211
<i>Peter Frey</i> Medien und Politik – Arbeiten an der Schnittstelle	223
<i>Michael Garthe</i> Medien und Politik – Die Zeitung	233
<i>Christian Jung</i> Öffentliche Meinung als Analyse- und Zielobjekt der angewandten Politikforschung	239
<i>Matthias Belafi</i> Die elementare Wucht einfacher Zeichen – Zum Verhältnis von Liturgie und Politik	251

### 3. Anwendung in Politikfeldern

<i>Franco Algieri/Janis A. Emmanouilidis</i> <i>What else is new?</i> Zur Relevanz klassischer und neuer Themen der europäischen Integration für die angewandte Politikforschung	269
<i>Florian Baumann</i> Differenzierung als Strategie der europäischen Integration	279
<i>Reinhardt Rummel</i> Auswärtiges Handeln der EU als Entwicklungsaufgabe für angewandte Politikforschung	293

<i>Inhalt</i>	7
<i>Michael Bauer/Almut Möller</i> Angewandte Politikforschung zur europäischen Nahostpolitik	307
<i>Uwe Wagschal</i> Schuldengrenzen und Haushaltskonsolidierung in der Europäischen Union	319
<i>Gerd Langguth</i> Das deutsche Parteiensystem im Wandel – Krisensymptome und Revitalisierungsoptionen	335
<i>Lars C. Colschen</i> Politikberatung in der deutschen Außenpolitik	347
<i>Andreas Meusch</i> Angewandte Politikforschung in der Gesundheitspolitik	357
<i>Jürgen Turek</i> Demographischer Wandel und Telemedizin	367
<i>Martin Brusis/Olaf Hillenbrand/Peter Thiery</i> Demokratiemessung – Der Bertelsmann Transformation Index	383
<i>Silvia Simbeck/Susanne Ulrich/Florian Wenzel</i> Politische Bildung: Demokratiekompetenz als pädagogische Herausforderung	395
<i>Eva Feldmann-Wojtachnia/Barbara Tham</i> Europäisierung der Bildungsarbeit und aktives Bürgerbewusstsein junger Menschen	407
<i>Britta Schellenberg</i> Strategien gegen Rechtsextremismus und Vorurteils kriminalität – Für Pluralismus und liberale Demokratie in Deutschland	419
<i>Michael Weigl</i> Anwendungsfelder angewandter Identitätsforschung in Deutschland – eine politikwissenschaftliche Perspektive	431
 <i>4. Anhang</i>  	
Würdigung des wissenschaftlichen Werdegangs von Werner Weidenfeld	445
Schriftenverzeichnis	453
Autorinnen und Autoren	461

# **1. Theoretische Grundlagen, Methoden und Zugänge**

## Angewandte Politikforschung – Konzeption und Forschungstradition

### 1 Der Kerngehalt angewandter Politikforschung

Politische Akteure sind in ihrem täglichen Handeln und Entscheiden auf kompetente Beratung angewiesen. Es verwundert daher, dass die offensichtliche Verknüpfung von Politik, Wissenschaft und Politikberatung von der Politikwissenschaft in Deutschland lange Zeit wenig zur Kenntnis genommen wurde. Während in den USA der Politikberatung schon immer ein hoher Stellenwert im wissenschaftlichen Diskurs beigemessen wird und als Beratungskultur auch Teil öffentlicher Debatten ist, steckt diese Diskussion in Deutschland noch in den Anfängen. In den 1990er Jahren – auch durch die Regierungszeit des Bundeskanzlers Gerhard Schröder – verstärkte sich jedoch in der öffentlichen Wahrnehmung der Eindruck eines neuen Politikstils mit einem wachsenden Einfluss politischer Berater und Ideengeber von außen: „Die Berater sind los!“ titelte *Die Zeit* damals in überraschter Rhetorik (Hofmann 1998). Auch im politikwissenschaftlichen Feld hat sich seitdem das Interesse an Politikberatung, angewandter Politikforschung und deren Möglichkeiten zumindest intensiviert. Das Schlagwort von der „Beraterrepublik“ verweist letztlich auf zweierlei: Einerseits nimmt der Beratungsbedarf der Politik in der Bundesrepublik Deutschland ebenso wie in anderen modernen Demokratien auf Grund immer komplexer werdender Probleme und multipler Interdependenzen zu. Politikberater sind nicht nur in formalen wie informellen Beratungsrunden von Parlament und Regierung, sondern auch in den Medien vielfach präsent. Andererseits macht das Schlagwort auf Kontroversen aufmerksam, die um die Leistungsfähigkeit und Legitimität von Politikberatung geführt werden. Ablesbar ist der Stellenwert der Politikberatung auch an einer größeren Zahl wissenschaftlicher Publikationen (z. B. Cassel 2001; Falk u. a. 2006; Bröchler/Schützeichel 2008; Weingart/Lentsch 2008) wie auch praxisorientierter Veröffentlichungen (z. B. Althaus/Meier 2004; Busch-Janser u. a. 2007) sowie der Begründung eines Fachmagazins (Zeitschrift für Politikberatung 2008ff.) zum Thema.

Diese Beobachtung soll zum Ausgangspunkt genommen werden, um den Kontext angewandter Politikforschung – genauer die veränderten Anforderungen politischen Entscheidens – problemorientiert darzulegen.<sup>1</sup> Nicht nur die politischen Entschei-

---

<sup>1</sup> Wir bedanken uns für die wertvollen, weiterführenden Anregungen, die wir von Dr. Frank Gadinger (Universität Duisburg-Essen) für diesen Grundsatzartikel bekommen haben.

dungsträger, auch die Politikberatung muss sich auf diese Herausforderungen einstellen und mit vielfältigen Unsicherheiten umgehen. Welchen Beitrag die angewandte Politikforschung dazu leisten kann, wie sich deren Selbstverständnis und Arbeitsweisen hier einordnen lassen, gilt es im Folgenden zu präzisieren.

Angewandte Politikforschung will ihre Befunde und Ergebnisse für die Politik bereitstellen. Wissenschaftliche Politikberatung soll so zur Rationalität von politischen Entscheidungen beitragen. Eine solche Prozessbegleitung kann gelingen, wenn die Politik Angebote der angewandten Politikforschung systematisch nutzt. Deren Beitrag kann sich auch dadurch zeigen, dass sich das Rationalitätsniveau der öffentlichen Debatte hebt (Kielmansegg 2009).

Grundsätzlich kreisen sowohl die angewandte Forschung als auch die Politikberatung um die Komplexität des politischen Entscheidungshandelns.<sup>2</sup> Mit dem Begriff der Entscheidung ist aber keineswegs nur im engeren Sinne eine konkrete politische Handlung gemeint, vielmehr umfasst die zu treffende Entscheidung Orientierungswissen als Handlungsset. Im politischen Kontext muss solches Orientierungswissen immer mit Ambiguität und Kontingenz rechnen. Jede dieser Entscheidungen hat stets eine Sach-, Sozial- und Zeitdimension (Schimank 2005: 70-71; Korte/Fröhlich 2009). Angewandte Politikforschung hat dies professionell zu antizipieren: Sach- und Machtfragen müssen für die politischen Akteure in einen Kontext gebracht werden. Sowohl die Grundlagenforschung als auch die angewandte Forschung sind problemorientiert, erforschen Entwicklungstendenzen, Anpassungsprobleme, Veränderungskorridore – alles auch mit dem Anspruch, dies interdisziplinär und international vernetzt anzugehen. Angewandte Forschung kann ebenso wie die Grundlagenforschung nur theoriebasiert Erkenntnisse generieren. Doch am jeweiligen Erkenntniszweck unterscheiden sich beide Forschungskontexte. Denn angewandte Politikforschung stellt die Erkenntnisse immer in den Dienst der Öffentlichkeit. Ihr Mehrwert ist nutzenorientiert – was nicht auf eine Marktorientierung reduziert werden sollte, sondern immer auch einen ethischen Nutzen beinhalten kann. Die auf Anwendungsbezug ausgerichteten Wissenschaftler sehen den Zweck der Forschung im Wissenstransfer und der Verbesserung von Public Policy im Sinne der Lösung konkreter Problemlagen. Der Anwendungsbezug ist daran erkennbar, dass wissenschaftliche Konzepte und analytische Methoden stets daraufhin geprüft werden, ob sie zur Verbesserung der Praxis beitragen (Zürn/Walter/Bertram 2006). Statt des grundlagentheoretischen Interesses treibt die angewandte Politikforschung ein sachproblemorientiertes Herangehen an.

Akademische Exzellenz und professionelle Orientierung bedürfen im Verständnis von anwendungsorientierter Forschung immer eines konkreten Anwendungsbezugs, der die außeruniversitäre Öffentlichkeit erreicht. Für Politikwissenschaftler, die anwendungsorientiert forschen, ist die Teilnahme am öffentlichen Diskurs systemimmanent. Das Potenzial anwendungsorientierter Politikforschung erstreckt sich auf alle drei Dimensionen des Politikbegriffs: Polity, Policy und Politics. In jeder dieser Dimensio-

---

<sup>2</sup> Grundsätzlich dazu Korte/Grunden (2012).

nen hat der Bedarf nach wissenschaftlicher Politikberatung zugenommen – mithin die Nachfrage nach Erkenntnissen der angewandten Politikforschung. Nachfolgend beziehen sich die Schwerpunktsetzungen auf angewandte Politikforschung im Bereich von Politics. Der Fokus des gesamten Buches umfasst jedoch darüber hinaus auch die klassischen Bereiche der Policy-Beratung.

## 2 Angewandte Politikforschung vor neuen Herausforderungen

Politisches Entscheiden tritt in eine neue formative Phase. Das hängt mit einer Modernisierung von Instrumenten, Techniken und Stilen des Entscheidens in digitalen Demokratien zusammen. Online-Kontexte verschieben mit „absolute(r) Gegenwart und organisierte(r) Gleichzeitigkeit“ (Mittelstraß 2011) die Zeit-Dimension des Entscheidens. Noch wirkungsmächtiger auf den Modus des demokratischen Entscheidens sind allerdings die Zeitabläufe, die eine enorme Ereignisdichte bereithalten und seit einigen Jahren das Risiko zum Regelfall der Politik machen. Für die politischen Spitzenakteure kommen in Folge dieser Veränderungen immer mehr Entscheidungen als purer ‘Stress-test’ daher. Ohne Risikokompetenz droht den Akteuren das politische Aus. Wie könnte so eine Risikokompetenz aussehen? Welche sozialwissenschaftlichen Antworten lassen sich generieren? Wie können politische Akteure mit den wachsenden Entscheidungszumutungen<sup>3</sup> seitens der Bürger strategisch umgehen?

Die politischen Spitzenakteure einer Regierung sind in eine Regierungsformation eingefügt (Grunden 2009: 67). Als Kollektivakteur ist die Formation fragil und unbeweglich zugleich. Handlungsfähig sind die Spitzenakteure, die ihr Politikmanagement unter den Bedingungen von politischer Komplexität und Unsicherheit organisieren (Luhmann 2004). Der ehemalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) formulierte dies treffend in einem Spiegel-Interview: „Ich bemühe mich um Rationalität. Tue nur das, von dem du überzeugt bist! Politische Verantwortung heißt, bei Unsicherheiten und unvollständigen Informationen Entscheidungen zu treffen. Das unterscheidet Politiker von Wissenschaftlern und Kommentatoren“ (Spiegel 49/2008 vom 01.12.08: 38). Das erwähnte Bemühen um Rationalität beschreibt ein strategisches Dilemma eines jeden Entscheiders, nämlich Entscheidungen unter den Bedingungen des Nichtwissens zu treffen. Die Formulierungen deuten die Richtung des Steuerungsverständnisses an. Politik als gemeinsame Verabredung von Regeln und Prioritäten ist unter den Bedingungen von Government möglich. Kein Government ist wiederum ohne Governance vorstellbar (Florack/Grunden/Korte 2011). Sinkende Erwartungssicherheit, mangelnde Zeitsouveränität und der stete Zwang zur Reaktion sind wichtige Faktoren, die in Teilen der Politikwissenschaft, aber auch unter den politischen Akteuren eine Strategie-

---

<sup>3</sup> Das bezieht sich konkret auf die gestiegenen Erwartungshaltungen der Bürger gegenüber staatlichem Handeln.

Skepsis hervorrufen (vgl. alle Argumentationen bei Wiesenthal 2006; Glaab 2007a; Brodocz u. a. 2008: 14-21)<sup>4</sup>.

Die aktuelle Kaskade von Krisen, seien es Naturkatastrophen, menschengemachte oder auch nur medieninszenierte Krisen, stellt jede Regierung vor besondere Probleme. Denn dabei geht es nicht ‚nur‘ um Krisenbewältigung im Sinne einer Problemlösung in Zeiten entfesselter Dynamiken. Vielmehr wird im Politikmanagement das Primat der Politik hierbei auf die Probe gestellt; im Kampf um die Verteilung politischer Entscheidungsmacht müssen sich die politischen Akteure jeden Tag aufs Neue bewähren (Vogl 2011; Schirmacher/Strobl 2010). Eine Regierung kann sich aber, wie im Weiteren gezeigt werden soll, durchaus auch in Zeiten des Gewissheitsschwundes strategische Potenziale erarbeiten und erhalten, die ein nicht allein durch Zufälle und Inkrementalismus<sup>5</sup> dominiertes Politikmanagement möglich machen. Risikokompetenz wäre dabei das auszubauende Potenzial. Was damit gemeint ist, soll nachfolgend weiter entwickelt werden.

Wenn Risiken und Krisenszenarien zum Regelfall der Politik werden, bedeutet dies nicht, dass die Routinepolitik einfach verschwindet. Das alltägliche Politikmanagement entlang von Legislaturperioden rückt aus dem Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit, bindet jenseits der Scheinwerfer und Fernsehkameras aber weiterhin erhebliche Ressourcen des Entscheidungssystems. Zudem werden latente oder chronische Krisen oftmals eher verwaltet, als dass mit hohen Entscheidungskosten verbundene Problemlösungen konsequent verfolgt würden (die Reformstaudebatte bietet hierfür reichlich Anschauungsmaterial). Auch für die Routinepolitik gilt, dass die Folgen politischer Entscheidungen nicht sicher zu berechnen sind, aber gleichwohl Pfadabhängigkeiten entstehen, so dass Fehlerkorrekturen nur unter hohen Kosten möglich sind. Auch hier muss also permanent mit Informationsunsicherheit umgegangen werden. Der Ansatz evidenzbasierter Politik (Nutley u. a. 2000) verweist zugleich auf das Bestreben, möglichst präzises Wissen zu generieren, um Wissenslücken und daraus resultierende Risiken zu minimieren.

Die Strategiefähigkeit einer Regierung und ebenso auch von individuellen Akteuren ist jedoch gerade nicht an der Verfügbarkeit weit in die Zukunft reichender Konzepte festzumachen, die detaillierte „Wenn-dann-Kausalitätsvermutungen“ beinhalten. Strategiefähigkeit bedeutet zumeist, mit Informationsunsicherheit bzw. Nichtwissen adäquat umzugehen und die Fähigkeit zu erlangen, Erwartungsunsicherheiten zu antizipieren. Hierbei sind die Spitzenakteure auf die Verfügbarkeit von Orientierungswissen für offene Problemsituationen angewiesen (Korte/Fröhlich 2009: 183).

---

<sup>4</sup> Ein Überblick zur kontroversen Diskussion findet sich bei Raschke/Tils (2007: 31ff.).

<sup>5</sup> Dazu hat sich bereits 1959 Charles Lindblom mit seinem Diktum von Public Policy als Kunst des „Durchwurstelns“ („muddling through“) maßgeblich geäußert.

### 3 Konturen der veränderten Entscheidungszumutungen

#### 3.1 Risiko und Komplexität

Womit sollte sich dieses Orientierungswissen auseinandersetzen, um daraus Risikokompetenz<sup>6</sup> abzuleiten? Da ist zunächst das Umfeld der Risikoabschätzung. Politik gilt seit vielen Jahren in der Wahrnehmung der Bürger als Risikofaktor (Köcher 2002): Die Bürger sind verunsichert über die Zukunftsaussichten und haben immer weniger Vertrauen in die Politik bzw. die Politiker im Hinblick auf Problemlösungen. Aber auch Experten können nicht automatisch mit dem Vertrauen der Bürger rechnen. Die Risikoforschung verweist zudem auf die divergierende Risikowahrnehmung von Laien und Experten. Mehr Informationen über Risikowahrscheinlichkeiten schaffen deshalb nicht unbedingt mehr Vertrauen. Auch damit müssen Entscheidungsträger umgehen, wenn sie Risiken kommunizieren (Korte 2011a).

Der Soziologe Ulrich Beck (1986) charakterisierte bereits vor mehr als einem Vierteljahrhundert das Phänomen der Risikogesellschaft. Ausgangspunkt waren Beobachtungen, dass sich Risiken qualitativ und quantitativ verändert haben: Sie sind nicht eingrenzbar, weder räumlich noch zeitlich oder sozial. Immer häufiger kommen Krisen transnational daher, so dass die etablierten Regeln der Zurechenbarkeit und Verantwortung in einem demokratischen politischen System nicht mehr greifen. Risiko ist seitdem zu einer Reflexionsfigur geworden, auch in öffentlichen Diskursen. Dass der Versuch der Vermeidung eines Risikos wiederum zu neuen Risiken führen kann, charakterisiert für Beck die Struktur der sogenannten „zweiten Moderne“. Die Entscheidungstheorien wiederum differenzieren das Verhalten des Entscheiders im Managen des Risikos. Die Finanzkrise sowie der Reaktorunfall von Fukushima liefern das aktuelle Material für die Risikoforschung. Die Ereignisdichte der externen Schocks auf die Politik der konsolidierten Demokratien hat zugenommen und somit auch das offenbar notwendige stakkatohafte Entscheiden unter Risikobedingungen. Die Katastrophen folgen keinem bekannten Muster: Das jeweilige Desaster gewinnt seine Wucht aus einer nicht erwarteten Kettenreaktion, die sogleich globale Wirkung entfaltet (Schnabel 2011). Zeitgleich modifizieren sich die Bewertungen der Risiken durch die Bürger. Die gesellschaftliche Bewertung dessen, was eine sichere Leitwährung war oder ein sicheres Atomkraftwerk sein könnte, hat sich durch derartige Einschnitte drastisch verändert. Denn Sicherheit ist kein mathematischer Wert, sondern von gesellschaftlichen Risikoabwägungen abhängig. Anders als Kapitalmärkte verfügt die Politik nicht über scheinbar unabhängige Risikoparameter, die Ratingagenturen zu liefern haben. Andererseits ist Politik damit auch unabhängig, weil sie selbst Mechanismen zur Risikobeurteilung schaffen kann. In den Worten der Bundeskanzlerin drückt sich das folgender-

---

<sup>6</sup> Hier gilt der Bezug auf die sozialwissenschaftlichen Fundamenten des Kompetenzbegriffs: Die Soziologie Max Webers, die Sprechakt-Theorie von Chomsky, die pragmatisch-funktionale Tradition der amerikanischen Psychologie (Klieme/Hartig 2007: 14-19).

maßen aus: „Es geht also um die Belastbarkeit von Wahrscheinlichkeitsanalysen und Risikoannahmen“ (Die Zeit 20/2011 vom 12.05.11: 3).

Parallel zu wachsenden Risiken entwickelt sich exponentiell politische Komplexität. Immer mehr Akteure in immer stärker globalisierten Verhandlungsformaten ohne hierarchische Formen der Handlungskoordination arbeiten an Problemlösungen (Benz/Dose 2010: 22-27). Dabei sind immer häufiger private und öffentliche Akteure in Netzwerken zusammenzubringen. Hier wächst Governance im Schatten von Government und Formalität (Florack/Grunden 2011). Die gesteigerte Binnenkomplexität drückt sich durch eine Intensivierung und Verdichtung der Beziehungen zwischen den vorhandenen staatlichen Akteuren und Institutionen (mehr und verflochtener) oder durch die Entstehung und Etablierung zusätzlicher neuer Akteure, Institutionen und Handlungsebenen (Ausweitung und Mehrebenen) aus.

Doch die Entscheidungszumutungen an den politischen Akteur nehmen keine Rücksicht auf die gewachsene Komplexität. Im Gegenteil, gerade in Deutschland nimmt der Grad an Staatszentriertheit und Staatsvertrauen zu, wenn Krisenszenarien die öffentliche Meinung dominieren (Heinze 2009: 11-42). Bürger erwarten dann die entschlossene Umsetzung des Primats der Politik, möglichst als heroische Chefsache des Krisenmanagers. Doch die Qualität von Komplexität hängt keinesfalls nur von der gesteigerten Binnenkomplexität ab. Zu den Kernkomponenten gehören vielmehr nicht-lineare Dynamiken, die vielfältige Rückkopplungen von gleichzeitigen Wechselwirkungen vieler Elemente berücksichtigen (Scobel 2008; Mitchell 2008; Mainzer 2008). Diese Strukturmuster markieren den Kern des Gewissheitsschwundes in der Politik (Korte 2011c).

### 3.2 *Die neue Natur der Politik*

Die Befunde aus dem Bereich der Regierungsforschung sind eindeutig. Im Zeitverlauf ist politische Führung verflochtener, anspruchsvoller, kommunikationsabhängiger, zeitaufwändiger, unkalkulierbarer, komplexer geworden (Grasselt/Korte 2007; Glaab 2007b). Auch im Hinblick auf ethische oder normative Grundlagen, also wertebasiertes Entscheiden, fehlen zunehmend Orientierungspunkte. Das Entscheiden wird schwieriger, was sich auf die Kontingenz des Handelns in der Führung auswirkt. Die letzten Jahre haben diese Lageeinschätzung jedoch weiter dramatisiert, wie auch die Risiko- und Krisenforschung konstatiert (Mitchell 2008: 108-116). Unter dem Druck der Ereignisdichte scheint sich ein neuer Rhythmus der Politik zu entwickeln: „Die Natur der Politik verändert sich“ (Ulrich 2011). Wichtiger und bindender als Koalitionsverträge werden für die politischen Akteure auf vielen Ebenen die Krisenreaktionskräfte (Korte 2011a). Wenn es serienmäßig zum Triumph des Unwahrscheinlichen über das Wahrscheinliche kommt, muss Politik stets das Überraschende erwarten. „Die Desaster entwickeln ihre Wucht aus einer höchst unglaublichen, aber dennoch möglichen Kettenre-

aktion, die in der eng vernetzten Welt postwendend globale Wirkung entfaltet“ (Schnabel 2011).

Der Vorwurf gegenüber der Politik, die auf diese neuen Rhythmen zu reagieren hat, kommt lautstark daher. Denn Politik kann unter diesen Bedingungen leicht zu einem ‚Slalom der Desorientierung‘ beitragen, wenn täglich auf neue Risiken reagiert werden muss. Habermas unterstellt der Politik einen Verzicht auf Perspektive und Gestaltungswillen. Er konstatiert: „(D)ie wachsende Komplexität der regelungsbedürftigen Materien nötigt zu kurzatmigen Reaktionen in schrumpfenden Handlungsspielräumen“, und kritisiert weiter: „als hätten sich die Politiker den entlarvenden Blick der Systemtheorie zu eigen gemacht, folgen sie schamlos dem opportunistischen Drehbuch einer demoskopiegeleiteten Machtpragmatik, die sich aller normativen Bindungen entledigt hat“ (Habermas 2011).

Unabhängig davon, ob man diese Kritik teilt, räumt auch Habermas einen Strukturwandel der Politik ein. Das Ursachenbündel für diesen Strukturwandel, der die Natur der Politik sukzessive verändert, ist vielgestaltig, was an drei Aspekten aufgezeigt werden soll: Wissen und Nichtwissen; Irrationalität und Heuristiken; Zeit und Geschwindigkeit. Auf diese drei Aspekte muss angewandte Politikforschung Antworten finden.

## 4 Komponenten des politischen Entscheidungsregelfalls

### 4.1 Wissen und Nichtwissen

Die Demokratie kennt keine politische Entscheidungsautorität durch den Faktor Wissen. Doch die Politikwissenschaft wird wichtiger werden für die Bestimmung und Analyse der Probleme sowie der verfügbaren Optionen des Handelns (vgl. Kielmansegg 2009). Die Ressource Wissen hat strukturbedingt für den politischen Akteur an Qualität verloren. Wissen ist Macht. An der systemtheoretischen Unterscheidung dieses Grundkonflikts zwischen Wissen und Macht hat sich wenig geändert. Das Dilemma zwischen einer sachlich gebotenen und demokratisch legitimierten Entscheidung ist nicht auflösbar (Weingart 2006: 36). Doch mehr Wissen übersetzt sich unter den neuen Bedingungen des Risikos in einer „Entscheidungsgesellschaft“ (Schimank 2005) nicht automatisch in mehr Macht. Fachpolitische Entscheidungen haben weiterhin Bedarf an systematischem Wissen, welches Wissenschaft und wissenschaftliche Politikberatung idealerweise zur Verfügung stellen. Dieses wissenschaftliche Wissen nimmt nicht ab, das Gegenteil ist der Fall, aber es erreicht keineswegs ausreichend den Entscheidungsakteur (grundsätzlich Falk u. a. 2006; vgl. auch Hebestreit 2012). Machtrelevanter wird für den Politiker hingegen, wie er mit dem proportional wachsenden Nichtwissen verfährt. Der Umgang mit Nichtwissen und Nichtwissenskulturen wird für ihn zur Macht- und Legitimationsressource bei politischen Entscheidungen (Bös-

chen u. a. 2008). Die Demokratisierung von genutzter Expertise erzeugt hierbei zusätzlich politische Legitimität (vgl. Nowotny 2003).

Faktisch führt die Produktion von Mehr-Wissen keinesfalls zu einer höheren Rationalität verbindlicher Entscheidungen. Entscheidungsvorbehalte resultieren wesentlich aus der Wissensvervielfältigung (Walter 2011: 170) Jedes Wissen multipliziert Nicht-Wissen. Insofern sind auch hier Erkenntnisse der angewandten Politikforschung notwendig, um Auswege aus der Dilemma-Situation zu konstruieren. In der Regel kann dies durch das Aufzeigen von Alternativen und Optionen gelingen, die den jeweiligen Handlungskorridor beschreiben: mehr Ressourcen oder mehr Restriktionen? Die empirische Bedeutung von Nichtwissen wird seit mehreren Jahrzehnten in der Umwelt- und Technologiepolitik konstatiert (Mainzer 2008: 31). Sozialwissenschaftlich relevant werden jedoch heute Entscheidungsprozesse unter Nichtwissensbedingungen (Wehling 2007: 221-225; auch Mai 2011).<sup>7</sup> Denn wenn Wissen nicht mehr Macht für den Politiker bedeutet, dann kann der Umgang mit Nichtwissen zur neuen Machtquelle werden. Entscheidungen unter Nichtwissensbedingungen könnten ihre Legitimität und ihre Robustheit dadurch erlangen, dass systematisch die Pluralität von Nichtwissenskulturen einbezogen wird (Martinsen 2006; Böschen u. a. 2008). Eine sogenannte „Gestaltungsöffentlichkeit“, die neue Formate der Aushandlung, Teilhabe und Partizipation mit sich bringt, könnte der Politiker als Kompensation nutzen. Zum Komplex „Wissen ist Macht“ gehört somit auch der Umgang mit Nichtwissenskulturen. Aus der traditionellen Legitimität des Entscheidens durch Wissen kann sich unter den Bedingungen wachsender nichtwissensbasierter Entscheidungen eine neue Legitimität durch Partizipation entwickeln. Wenn die Zentralität von Entscheidungen unter Bedingungen des Nichtwissens zunimmt (Rüb 2008: 94-97), dann liegt es an den Machtmaklern (Korte 2008; Grunden 2009) im Umfeld der Spitzenakteure, das Arrangement mit dem Nichtwissen zur Machtressource des Informationsmanagements für den jeweiligen Spitzenakteur auszubauen.

Die Informationen können sich einerseits auf Policies beziehen – im Sinne einer problemlösenden Argumentationskette –, andererseits auf herrschaftssichernde Indikatoren: Welchen machtpolitischen Stellenwert hat die Information – wer ist dafür, wer dagegen? Die Maxime lautet: Nicht wie man am Ende Entscheidungen trifft, sondern wie man sie machterhaltend vorbereitet, ist bedeutsam. Akteure haben zu jedem Zeitpunkt Widerstände klug zu antizipieren. Zielpunkt sollte es aus Sicht des Machtakteurs sein, innerhalb der notwendigen Selektion und Reduktion eine größtmögliche Vielfalt an Informationen beizubehalten (Zahariadis 2003: 5-8). Politische Macht bedeutet, über Entscheidungsalternativen zu verfügen. Nur wer sich langfristig die Unabhängigkeit sichert, alternative Beratungsquellen zur Entscheidungsvorbereitung nutzen zu können, kann die Ressource Information zur Machtstabilisierung einsetzen. Beratung kann

---

<sup>7</sup> Grundsätzlich zum politischen Entscheiden unter den neuen Bedingungen von Kontingenz in Bezug auf Policy-Analysen siehe Rüb (2008); außerdem im Hinblick auf eine daraus abzuleitende Wissenspolitik siehe Nullmeier (1993), auch Korte/Fröhlich (2009).

durch angewandte Politikforschung sowohl im internen Organisationsprozess als auch im Gebrauch externer Expertise ermöglicht werden. Politische Macht hat inzwischen eine stark kommunikative Komponente (vgl. Spörer-Wagner/Marcinkowski 2011: 416-426), auch hinsichtlich der Einbeziehung nichtstaatlicher Akteure einer Gesellschaftsberatung (Grunden/Korte 2011; Glaab 2011) – mithin die Beteiligung von Nichtwissenskulturen.

Abstrakt kann man sich das permanent ablaufende Informationsmanagement als Teil des Steuerungsprozesses in einem dreistufigen Kontext vorstellen:

- Informations- und Ideengewinnung (Problemdefinition, Risikoeinschätzung, Lageanalyse)
- Informations- und Ideenauswertung bzw. -verarbeitung (wie kommuniziere ich wann welches Problem?)
- Informationsinterpretation (Zuweisung der Information durch die Suche nach Sach- und Machtkoalitionen auch unter der Bedingung des Nicht-Wissens)

Letztlich folgt dieses abstrakte organisationslogische Modell weitgehend einem linearen Entscheidungshandeln (Nullmeier 2010: 263-265). Doch die politische Realität ist immer mehr von nichtlinearen Dynamiken gekennzeichnet. Zu den Konturen des Neuen im Politikmanagement gehört deshalb nicht nur die Zentralität von Nichtwissen – die Wissen als Machtquelle relativiert –, sondern auch die Bedeutungskraft von Irrationalität.

#### 4.2 Irrationalität und Heuristiken

Die politische Lageeinschätzung wird unter den Bedingungen von Komplexität schwieriger. Das gilt für den individuellen Akteur, aber auch für kollektive und korporative Akteure. Denn Organisationen haben in der Regel keine geeigneten Strukturen und Organisationsroutinen, um professionell auf die neue Dichte an komplexen Aufgaben zu reagieren (Fisch 2004; Benz/Dose 2010). Der Blick nach vorn ist systematisch getrübt; die Zukunft gilt schon lange als unbestimmbar. Planen ist in Organisationen ein überholtes Relikt. Die begrenzte Rationalität des politischen Entscheidens ist dabei von der Wissenschaft schon seit mehreren Jahrzehnten belegt (Simon 1981; Wiesendahl 2010: 33-35). Wenn das Risiko jedoch zum Regelfall des Entscheidens wird, dann gewinnen alle Konzeptualisierungen von Irrationalität an neuer „Erklärkraft“ (Schimank 2005: 307-428). Das Entscheidungsverhalten individueller politischer Akteure ist in diesem Kontext von Rationalitätsillusionen oder „Rationalitätsfiktionen“ (Schimank 2005: 373-379) einzuordnen. Diese spiegelt sich mit einer spezifischen politischen Rationalität, die mit dem prekären Arbeitsplatz des Parteipolitikers einhergeht (Best u. a. 2011). Er muss täglich Mehrheiten organisieren, um sein Mandat zu sichern, ohne Kündigungsschutz zu genießen. Dabei wird der Spitzenakteur alles tun, um nicht per-

manent mit allzu polarisierenden Entscheidungen konfrontiert zu sein, und Vermeidungsstrategien gebrauchen. Nur so kann er Optionen offen halten; nur so kann er vorzeitige Polarisierungen und neue gegnerische Mehrheitskonstellationen vermeiden; nur so kann er weiterhin seinen Einfluss vor einer potentiellen Entscheidung geltend machen. Politische Akteure sind Interdependenzmanager (Korte/Fröhlich 2009: 356). Entscheidungsmechanismen stehen somit unter den Bedingungen einer spezifischen politischen Rationalität der Akteure immer im Spannungsfeld von Macht- und Einflussfragen (auch Priddat 2009: 22). Wer entscheidet wie?

Dabei folgt der Akteur einer karriereorientierten Rationalität, die mit Rationalitätsillusionen im Entscheidungsfall einhergeht. Damit ist ein zunehmendes Entscheiden nach Heuristiken gemeint (Gigerenzer 2009). Man muss nicht gleich mit dem sogenannten „Bauchgefühl“ (Gigerenzer 2011) argumentieren, wenn es um die Begründung einer Entscheidung geht. Doch bei Risiko als Regelentscheidung kann immer weniger auf die abwägende Sachrationalität Bezug genommen werden.

Das Plädoyer für das kompetente Bauchgefühl als Entscheidungsgrundlage der Politik kann angereichert werden mit Forschungsergebnissen zu Heuristiken in der Urteils- und Entscheidungsfindung unter Mangel an Informationen. Psychologen sind sich einig, dass Entscheidungen nicht besser werden, wenn mehr Informationen vorliegen, vielmehr können einfache Faustregeln (Heuristiken) erfolgreicher sein als aufwändige Analysen (Pachur 2010; Gigerenzer 2009; Gigerenzer/Brighton 2009). Besonders erforscht sind die Wiedererkennungsheuristiken und die „Machen-was-die-Mehrheit-macht-Heuristik“. Für die Bundesregierung könnte hier das Beispiel der konjunkturstabilisierenden Maßnahmen zur Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 eingebracht werden. Die Kanzlerin zögerte, ob sie mit Konjunkturpaketen, wie sie Nachbarländer aufgelegt hatten, auf die Krise reagieren sollte. Die Entscheidung, ob in die Wirtschaft stabilisierend eingegriffen werden sollte oder nicht, war auf Grund der sich damals im Widerspruch befindlichen Theorien und Prognosen alles andere als einfach. Die eine Fraktion wies darauf hin, dass derartige Maßnahmen überhaupt nichts taugen und Mitnahmeeffekte die Regel sein würden, die andere schwor darauf. In dieser Situation konnten nur Heuristiken für die Entscheidungsfindung genutzt werden. Dabei zeigt sich, dass Experten häufig für ihre Entscheidungen nicht mehr, sondern eher weniger Informationen als Laien nutzen. Profis erkennen schneller, was wichtig ist (Dieckmann/Martignon 2004). Der bewusste Umgang, die kalkulierte Einbeziehung von Heuristiken in das Entscheidungsmanagement könnte eine Antwort auf gestiegene Komplexitätsformate sein. Die Illusion der Gewissheit empfindet der Entscheider – folgt man der Logik dieses Ansatzes – nicht als Mangel, sondern als strategische Stärke.

Verhaltensökonomien ergänzen diese Aspekte, weil sie auch danach suchen, wie Menschen Informationen verarbeiten und sie entsprechend in Entscheidungen übersetzen. Dabei spielen die Wahrnehmungen der Menschen eine große Rolle. Je nachdem, wie Wahrnehmungen über gezielte Anstöße, so genannte „Nudges“ (Thaler/Sunstein 2008), von der Politik gesteuert werden, können Entscheidungen nicht nur beeinflusst werden, sondern sind auch im Hinblick auf Wertschätzungen als positiv und wichtig

charakterisierbar (Ariely 2008; Kahnemann/Tversky 2000; Ockenfels 1999). Ein entsprechendes Konzept des sanften, liberalen Paternalismus ist häufig im Bereich der Sozialpolitik anzutreffen. Hier sollen durch sachten Druck Optionen eröffnet werden, die in ihrer Entscheidungstiefe langfristige Handlungskorridore offen halten können.

Irrationalität und Heuristiken sind Auswege für individuelle, korporative und kollektive Akteure beim politischen Entscheiden. Trotz Komplexität und Nichtwissen zeigen diese Mechanismen, wie Akteure Rationalitätsansprüchen gerecht werden können. Traditionelle Routinen und Regelentscheidungen sind eher Sackgassen, um mit wachsenden Entscheidungszumutungen zurechtzukommen. Ergebnisse der angewandten Politikforschung können so nutzbar gemacht werden, um in Zeiten von Irrationalität dennoch die Rationalität von Entscheidungsprozessen zu begleiten.

### 4.3 Zeit und Geschwindigkeit

Die neue Qualität des Entscheidens unter komplexen Risikobedingungen hängt auch mit dem Thema der Zeit unmittelbar zusammen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) formulierte die Zeitbedingungen für Regierungshandeln folgendermaßen: „Das Amt des Bundeskanzlers verlangt eine unglaubliche Komplexität von Entscheidungen und Einschätzungen pro Zeiteinheit“ (FAZ vom 22.11.2005). Der Rohstoff Zeit ist elementar für jede Strategie. Zeitarmut ist eine wichtige Einschränkung von Strategiefähigkeit und Entscheidungsfindung. Politische Planung und Strategiebildung setzen die Antizipation von Zeitstrukturen und zeitlichen Dynamiken voraus (Riescher 1994). Zeitstrukturen sind wiederkehrende, zum Teil rechtlich fixierte Handlungsgelegenheiten und Entscheidungssituationen, beispielsweise Legislaturperioden, Wahlkampfphasen, parlamentarische Entscheidungsverfahren, Regierungserklärungen, Parteitage etc. Zeitliche Dynamiken vergrößern oder verkleinern über kurz- bis mittelfristige Zeitspannen die Handlungskorridore einer Regierung. Abhängig von medialen Themenkonjunkturen, der Meinungsbildung in Partei und Koalition oder dem Problemdruck in einem Politikfeld, öffnen oder verschließen sich Gelegenheitsfenster: Entscheidungsprozesse beschleunigen oder verlangsamen sich, demoskopische Zustimmungswerte sinken oder steigen, die Folgebereitschaft in Partei und Parlament wird stärker oder schwächer.

Die Antizipation von zeitlichen Dynamiken ist für die erfolgreiche Kommunikation und Durchsetzung der Regierungspolitik von großer Bedeutung. Das gilt für Zeitpunkte, von denen an bestimmte Probleme und Themen relevant werden. Zeitstrukturen und zeitliche Dynamiken eröffnen ferner Gelegenheitsfenster für die Verankerung eigener Agenden im öffentlichen Bewusstsein oder für die Initiierung und die beschleunigte Verabschiedung von Gesetzgebungsprojekten.

Politik hat immer weniger Zeit, um Entscheidungen mit immer längerer Wirkungszeit und Implementationsphasen zu treffen, was man als „Gegenwartsschrump-

fung“ (Lübbe 1996: 12ff.) bezeichnen kann.<sup>8</sup> Hartmut Rosa (2005) konnte zeigen, wie sich solche Desynchronisationen entwickeln und welche Probleme daraus für die Politik entstehen. Denn die ‚Eigenzeiten‘ der Politik mit mannigfachen institutionalisierten Zeitstrukturen der politischen Willensbildung, Entscheidungsfindung und Entscheidungsimplementierung passen nicht mehr zu den Rhythmen, zum Tempo der sozialen Entwicklungen anderer Bereiche. Demokratische Politik ist nur beschränkt beschleunigungsfähig. Die Zeitkrise des Politischen führt zur Rücknahme des Gestaltungsanspruchs der Politik. Politik ist nicht mehr Schrittmacher sozialer Entwicklungen, sondern reagiert auf die Vorgaben der schnelleren Systeme. Strategien des *muddling through*, die sich an den Vordringlichkeiten des Befristeten orientieren, treten an die Stelle gesellschaftsgestalterischer politischer Strategien (Rosa 2005: 417).

Der Faktor Zeit ist auch eine Schlüsselvariable beim Thema Risikomanagement unter den Bedingungen von Komplexität und Unsicherheit. Der Rohstoff Zeit ist ebenso elementar für den individuellen Akteur, der nur durch persönliches Entschleunigungsmanagement (Organisation, persönliches Umfeld, Stil) langfristig strategiefähig bleibt. Zeitarmut – im Sinne einer Beschleunigung – ist ein Problem für eine notwendige entschleunigte Strategiebildung. Online-Kommunikation verändert die Spielregeln, den Modus und vor allem die Dynamik der politischen Öffentlichkeit. „Regieren 2.0“ interagiert mit Online-Gemeinschaften in einer strategischen Netzwerkgemeinschaft – unter Echtzeitbedingungen und permanent. Angesichts solcher Bedingungen gerät die Demokratie noch mehr unter Kommunikationsstress. Strategisches Regierungshandeln nutzt die geringen entschleunigten Korridore.

Die Zeitkrise des Politischen potenziert auch die Krisenphänomene (Korte 2011b). Denn verschiedenen Zeitstrukturen stehen in einem Wettbewerb zwischen der repräsentativen und der direkten Demokratie. Demokratie braucht Zeit. Die repräsentative Demokratie arbeitet absichtsvoll mit Entschleunigung: Parlamente sollen deliberativ durch sorgfältige und langandauernde Beratung mit Mehrheitsregel zu einem Ergebnis kommen. Das ist der Verfahrens- und Institutionenkern der repräsentativ-parlamentarischen Demokratie, der sich gegen das primäre dezisionistische und direkt-schnellere Prinzip entschieden hat: Entschleunigte Beratung steht über der beschleunigten Entscheidung (Nolte 2011; Füchtjohann 2011). Demokratische Politik ist grundsätzlich nur beschränkt beschleunigungsfähig. Die Zeitkrise des Politischen führt nicht nur konsequenterweise seit einigen Jahren zur Rücknahme des Gestaltungsanspruchs der Politik, weil sich alle anderen Lebensbereiche im Vergleich zu den Rhythmen der Legislaturperiode und des parlamentarischen Entscheidens beschleunigt haben. Nach den Erfahrungen mit den sogenannten ‚Wutbürgern‘ von 2010 hat die Zeitkrise darüber hinaus auch Konsequenzen, die zu einem zugespitzten Dualismus führen: indirekte oder direkte Demokratie, Beratung oder Entscheidung, Mehrheitsregel oder partikulares Betroffenheitsprinzip.

---

<sup>8</sup> Manchmal – wie unmittelbar nach der Atomkatastrophe von Fukushima – verkürzt die Politik auch eigenmächtig die Zeitkorridore, um entscheidungsfähig zu bleiben.

## 5 Zur Einordnung des Gegenstands: Wissenschaft, Politik und Politikberatung

Angesichts dieser dramatischen Wandlungsprozesse nimmt die Informationsunsicherheit in allen Entscheidungsdimensionen zu. Der Beratungsbedarf wächst in der Routinepolitik ebenso wie im Krisenmanagement oder der Risikopolitik. Das Spektrum der Anbieter und Formate von Politikberatung hat sich mit dem wachsenden Beratungsbedarf vervielfältigt. International zu beobachten ist eine Gewichtsverlagerung von der internen, bürokratischen zur externen, nicht-bürokratischen Politikberatung der Exekutiven (vgl. Bakvis 1997). Gleichzeitig hat eine Professionalisierung der Beraterszene eingesetzt, im Zuge derer die klassischen, institutionalisierten Formen wissenschaftlicher Politikberatung, aber auch die informellen, vertraulichen „Küchenkabinette“ immer häufiger von ad hoc beauftragter, kommerzieller Politikberatung durch z. B. Public Affairs-Agenturen oder Anwaltskanzleien ergänzt werden. Die begriffliche Unterscheidung des Policy Advice und des Political Consultings hat jedoch – ungeachtet der in der Praxis vorhandenen Mischformen – weiterhin Bestand, da die Begriffe verschiedenartige analytische Perspektiven bzw. Konzepte der Politikberatung beschreiben (vgl. Siefken 2010). Wissenschaftliche Politikberatung soll demnach einen Beitrag zur Politikformulierung liefern, indem sie sich sachrational mit Politikinhalten auseinandersetzt und wissenschaftliche Problemlösungen (Policy Advice) aufzeigt. Demgegenüber zielt das Political Consulting auf Kategorien des politischen Wettbewerbs und die machtrational zu beantwortende Frage der Durchsetzung von Politikalternativen. In eine ähnliche Richtung weist die von Cassel (2001) eingeführte Unterscheidung zwischen Politikberatung (Policy) und Politikerberatung (Politics).

Wissenschaftliche Politikberatung soll die Rationalität politischer Entscheidungen erhöhen, indem sie wissenschaftlich fundierte Informationen liefert. Das Aufgabenspektrum erstreckt sich von der Problemdiagnose und Frühwarnfunktion, über die Erhebung und Auswertung von Daten, das Monitoring in bestimmten Politiksektoren, die Meinungsbildung im Vorfeld von Entscheidungen und die Formulierung von Entscheidungsalternativen bis hin zur Durchführung operativer Routineaufgaben einschließlich der Evaluation von Projekten (vgl. Mayntz 2009). Schwerpunkte des Political Consulting sind dagegen die Kampagnenberatung sowie das Gebiet der politischen Kommunikation, hier insbesondere das Issue- und Imagemanagement. In Anspruch genommen werden dessen Beratungsleistungen längst nicht mehr nur im Rahmen von Wahlkämpfen, sondern umfassender als politischer Strategie- und Managementberatung. Gleichwohl ist die Unterscheidung zwischen wissenschaftlicher Politikberatung und Political Consulting in der Praxis nicht immer trennscharf. So bieten Beratungsfirmen auch Produkte wie Policy Proposals an und Wissenschaftler können Strategieberatung betreiben (vgl. Glaab 2008).

Wissenschaftliche Politikberatung sieht sich jedoch stets mit der Grundsatzfrage nach dem Verhältnis von Wissenschaft und Politik konfrontiert. Traditionelle Konzepte der Politikberatung formulieren dazu drei unterschiedliche Sichtweisen (vgl. Lompe 2006 sowie den Beitrag von *Heinz-Jürgen Axt* in diesem Band):

- Das „dezisionistische Modell“ geht von einer klaren Abgrenzbarkeit der Subsysteme Politik und Wissenschaft aus. Letztere begibt sich in ein Auftragsverhältnis, indem sie der Politik wertfreie Informationen und technisches Wissen zur Verfügung stellt. Es ist die alleinige Aufgabe der Politik, Schlussfolgerungen aus den wissenschaftlichen Beschreibungen, Erklärungen und Prognosen zu ziehen und die notwendigen Entscheidungen zu treffen und zu verantworten.
- Demgegenüber räumt das „technokratische Modell“ Wissenschaft und Technik den Vorrang ein. Aufgrund von Sachgesetzmäßigkeiten sind ‚beste‘ Problemlösungen gewissermaßen vorgegeben. Die Politik wird dadurch zum Vollzugsorgan wissenschaftlicher Erkenntnisse, dem nur noch ein geringer Entscheidungsspielraum verbleibt, so dass es letztlich zu einer Aufhebung der Trennung der Subsysteme kommt.
- Das „pragmatische Modell“ erkennt hingegen ein reziprokes Verhältnis von Politik und Wissenschaft. Nicht allein die Politik, auch die Wissenschaft ist demnach an der Problemdefinition und Entwicklung alternativer Problemlösungsstrategien beteiligt. So sind gemeinsam Lernprozesse zu vollziehen und Übersetzungsleistungen zu erbringen. Zudem wird hier die Wechselbeziehung zur Öffentlichkeit betont, um die Legitimationsfunktion von Politikberatung zu gewährleisten (vgl. Glaab/Metz 2006).

Darüber hinaus hat sich die Forschung mit der Frage auseinandergesetzt, wie sich das institutionelle Design auf die Qualität wissenschaftlicher Politikberatung auswirkt. Zu den zentralen Bedingungen wird deren Unabhängigkeit gerechnet, um die Ergebnisoffenheit wissenschaftlicher Forschung und daraus resultierender Empfehlungen nicht zu gefährden (vgl. dazu genauer die Prinzipien und Leitlinien der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften). Diskutiert wird überdies, inwieweit sich die wissenschaftliche Politikberatung darauf beschränken kann, sachrationale begründete Problemlösungen („truth“) vorzuschlagen, ohne die machtrationale Dimension der politischen Durchsetzbarkeit („power“) zu berücksichtigen, die für die Politik in der politischen Praxis zumeist handlungsleitend ist. Schon der unterschiedliche Zeithorizont von Wissenschaft und Politik führt zu Verständigungsproblemen: Während erstere je nach Gegenstand in mittel- bis langfristigen Forschungsprozessen denkt und arbeitet, agiert letztere oftmals tagespolitisch und ist an kurzfristigen, zumindest aber in Legislaturperioden zu implementierenden Problemlösungen interessiert. Hinzu kommen Verständnisbarrieren, die aus einer hoch spezialisierten Fachterminologie und den primär an Fachdiskursen orientierten Vermittlungsformen der Wissenschaft erwachsen. „Berührungängste“ der Wissenschaft mit der politischen Praxis und „Beratungsresistenz“ der an brauchbaren Empfehlungen („truth for power“<sup>9</sup>) interessierten politischen Akteure drohen sich daher wechselseitig zu bestärken. Politik und Wissenschaft erscheinen demnach als getrennte Welten.

---

<sup>9</sup> Für eine systematische Erörterung des Begründungszusammenhangs, siehe Mayntz (2009).

## 6 Das Selbstverständnis angewandter Politikforschung

Genau diese Trennung will die angewandte Politikforschung überwinden. Sie versteht sich als „Brückenbauer“ zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit, indem sie eine Innovations- und Vermittlungsfunktion übernimmt. Selbst in der universitären Politikwissenschaft verankert, arbeitet sie den aktuellen Forschungsstand kontinuierlich auf, entwickelt aus Trendbeobachtungen neue Fragestellungen und bringt deren Beantwortung durch eigene Forschungsprojekte voran, um die Befunde schließlich anwendungsorientiert zu vermitteln. Angewandte Politikforschung erfordert also eigenständiges, kreatives Vorausdenken und grenzt sich daher von bloßer Auftragsforschung ab, deren Themenhaushalt extern bestimmt wird.

Selbstverständnis und Arbeitsweise der angewandten Politikforschung kommen einer Denkfabrik – nach dem Vorbild der in den USA zahlreich vertretenen Think Tanks – nahe (vgl. Gellner 1995; Janning 1996; Braml 2004; Thunert 2008). Im Unterschied zu advokatorischen Think Tanks, die für ein bestimmtes politisches Anliegen oder eine parteipolitische Richtung eintreten, ist für die angewandte Politikforschung politische Unabhängigkeit jedoch unabdingbare Richtschnur. Da sie an der „empfindlichen Schnittstelle von Wissen und Macht“ (Weidenfeld/Turek 2003: 7) arbeitet, benötigt sie wissenschaftliche Distanz, zugleich aber auch die kommunikative Nähe zur Politik. „Angewandte Politikforschung muss sich deshalb (...) stetig darauf besinnen, ihre Redlichkeit durch eine berufsspezifische ethische Haltung abzusichern“ (Weidenfeld/Turek 2003: 7). Wissenschaftliche Standards und Methodik sind grundsätzlich einzuhalten.

Die angewandte Politikforschung will ihre Ergebnisse dennoch bedarfsorientiert transportieren. Die vielfältig beklagten Vermittlungsdefizite wissenschaftlicher Politikberatung sollen konsequent vermieden werden. Ausgangspunkt hierfür ist die Einsicht, dass Zeit die womöglich knappste Ressource der Politik darstellt. Dies gilt für den dicht getakteten Arbeitsalltag des einzelnen Politikers, mithin für die Adressaten von Politikberatung, betrifft aber auch die zu bearbeitenden Materien, da sich der politische Problemhaushalt beständig verändert und Problemlösungen – selbst wenn diese nur mittel- bis langfristig wirken können – daher oftmals kurzfristig nachgefragt werden. Angewandte Politikforschung, die den zeitlichen Rahmen und den Verwertungskontext der Politik vernachlässigt, wird letztlich irrelevant für die politische Entscheidung bleiben. „Aktualität, Praxisnähe und Durchsetzbarkeit werden deshalb zur Messlatte einer wirklich verwertbaren Kommunikation“ (Weidenfeld/Turek 2003: 7). Konsequenterweise bekennt sich die angewandte Politikforschung zu einer Dienstleistungsfunktion von Politikberatung.

Darüber hinaus betont das Konzept der angewandten Politikforschung die strategische Dimension der Politik. Die Frage nach politischen Optionen und Strategien wird stets mitgedacht. Es geht also nicht allein um die Vermittlung von Fakten und fachlichem Wissen, sondern auch und vor allem darum, „Möglichkeiten und Pfade systemischer Gestaltung aus(zu)loten und auf(zu)zeigen“ (Weidenfeld/Turek 2003: 7). Sie be-

schränkt sich daher nicht auf punktuelle Problemdeutungen und Bewertungen aktueller Politik, sondern will umfassendere Analysen und Konzepte liefern. „Angewandte Politikforschung avanciert so zur differenzierten Orientierungsleistung und bietet als Ideenagentur Lotsendienste für die Politik“ (Weidenfeld/Turek 2003: 7).

## 7 Zur Praxis der angewandten Politikforschung

Dieser selbst formulierte Anspruch hat Konsequenzen für die gesamte Arbeitsweise – vom analytischen Zugang über die methodische Vorgehensweise bis hin zur Vermittlung der Ergebnisse – der angewandten Politikforschung (vgl. dazu auch Heinze 2011: 194-214).

Zu den Maximen ihrer Forschungspraxis zählt es, das eigene Arbeitsprogramm strategisch vor auszuplanen. Sie muss „Entscheidungslagen in der operativen Politik antizipieren und ihre Ergebnisse kurzfristig verfügbar machen können“ (Weidenfeld/Turek 2003: 7). Nur wenn sie Trends frühzeitig erkennt, kann sie Impulse in der öffentlichen Debatte wie auch im politischen Themenhaushalt setzen.

Um diese Strategiefähigkeit zu erreichen, ist grundständige, begleitende Forschung ein zentrales Erfordernis. Angewandte Politikforschung bedient sich aller verfügbaren Methoden, welche die empirischen Sozialwissenschaften bereitstellen. Quantitative und qualitative Methoden ergänzen sich dabei idealerweise (Mayring 2002). Erweitert wird das Methodensetting durch gegenstandsorientierte Theoriebildung (Florack 2012). Denn ohne ein Theorie- (Czerwick 2011) und Methodensetting bleibt die Politikberatung in der Beliebigkeitsfalle. Die Policy-Forschung liefert seit vielen Jahren verlässliche Sachstände zur differenzierten Problemlösung in den Ressorts. Im Bereich der Politics und Polity-Nachfragen bewährt sich die Mikropolitik als heuristisches Modell (Schmid 2011: 324-344). Das Forschungsdesign beruht dabei auf der Prämisse des erklärenden Verstehens und orientiert sich in seinen Bezugspunkten immer am Vermittlungsdreieck von Steuerung, Kommunikation und Macht. Angewandte Politikforschung ist nicht ortlos, nicht subjektlos, nicht machtblind und geht davon aus, dass Politik als Verabredung von Regeln und Prioritäten möglich ist (Korte/Grunden 2012). Wenn dieses Grundverständnis fehlt, kann angewandte Politikforschung nur scheitern.

Idealtypisch erfolgt die Forschungspraxis in ineinandergreifenden Arbeitsschritten: Am Anfang steht die Problemerkennung und -analyse im Sinne der Frühwarnfunktion. Dazu bedient sich die wissenschaftliche Analyse des gesamten Repertoires quantitativer wie qualitativer Methoden der Sozialwissenschaft. Der Komplexitätsgrad des Forschungsdesigns variiert dabei mit den Gegenständen. Auf Grundlage des Analysebefunds werden im zweiten Schritt mögliche Lösungsvorschläge entworfen. Möglicherweise damit verbundene politische Sensibilitäten gilt es offen zu legen. Die Formulierung von politischen Optionen und ihre Aggregation zu politischen Strategien bilden den dritten Schritt. Zuletzt gilt es, deren Umsetzung durch die Politik zu evaluieren.

In der Forschungs- und Beratungspraxis werden nicht immer sämtliche Stufen durchlaufen. Gerade im Bereich der Evaluation sind häufig Defizite festzustellen. Stets gefordert ist jedoch eine zeitnahe Publikation der Forschungsergebnisse und Empfehlungen. Diese werden – sofern nicht Vertraulichkeit der Beratung vereinbart wurde – an eine breite Öffentlichkeit kommuniziert, wie es dem Selbstverständnis demokratischer Meinungs- und Willensbildung entspricht.

Zur Arbeitsweise der angewandten Politikforschung gehört auch die Etablierung und Pflege von Netzwerken mit 'Praktikern' aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch der intellektuelle Austausch mit der Scientific Community. Die Kooperation mit Wissenschaftlern verschiedener Fachdisziplinen trägt wesentlich dazu bei, Perspektivenvielfalt und Innovationsfähigkeit zu gewährleisten. Zugleich wird die Dialogfähigkeit aller Beteiligten in solchen Netzwerken gefördert. In den sich auch in Deutschland mittlerweile etablierenden Professional Schools werden diese Kompetenzen gezielt in praxisorientierten Studiengängen gefördert.

Angewandte Politikforschung liefert forschungsbasierte, aber verständlich aufbereitete, knappe und aktualitätsnahe Analysen wie Empfehlungen. Sie vermittelt ihre Ergebnisse zielgruppenspezifisch und bedarfsgerecht, kommuniziert direkt mit der Politik, adressiert diese aber auch indirekt über die mediale Aufbereitung. Erfolgreiche Politikberatung lebt davon, dass sie eine ausbalancierte Distanz zur Politik mitbringt. Das meint eine wissenschaftliche Entfernung bei gleichzeitiger kommunikativer Nähe. Als Formate stehen zur Verfügung:

- Die Publikationstätigkeit bedient sich der klassischen wie auch der neuen Medien. Eigene Formate wie Positionspapiere oder Newsletter bereiten die Informationen kompakt auf. Eine immer größere Bedeutung gewinnen Online-Angebote, die von potenziellen Nutzern bedarfsorientiert selbst abgerufen werden können. Expertisen in den Massenmedien mit hohen Reichweiten kommen hinzu.
- Eine wichtige Rolle spielt auch die direkte Kommunikation, sei es im Rahmen von wissenschaftlichen Konferenzen und Workshops mit Teilnehmern aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft oder im Expertengespräch mit politischen Akteuren.
- Gearbeitet wird zudem mit Multiplikatoren und partizipativen Vermittlungsformen, so z. B. in Planspielen mit Jugendlichen zur Landes- oder Europapolitik, die idealerweise Politiker miteinbeziehen (vgl. dazu den Beitrag von *Eva Feldmann-Wojtachnia* und *Barbara Tham* in diesem Band).
- Wichtig bleibt aber auch die Teilnahme am wissenschaftlichen Diskurs, weshalb herkömmliche wissenschaftliche Publikationen ebenso zum Portfolio zählen (vgl. etwa entsprechende Schriftenreihen).

Das hier nur stichwortartig entfaltete Tableau gewinnt Konturen in den weiteren Beiträgen dieses Bandes, die sich den unterschiedlichen Arbeitsfeldern der angewandten Politikforschung widmen.

## 8 Ausblick auf den vorliegenden Band

Angewandte Politikforschung ist die Grundlage einer wissenschaftlichen Politikberatung. In allen drei Dimensionen des Politikbegriffs ist diese möglich. Das Ziel bleibt, zu einer Rationalisierung von politischen Entscheidungsprozessen beizutragen. Das kann nur gelingen in der reflektierten Erkenntnis wachsender Risiken, der Zentralität des Nicht-Wissens, zunehmender Unsicherheit und der Dramaturgie schwindender Zeitkorridore. Zu gelungener Politikberatung gehören immer auch Orte und Räume kritischer Reflektion – abseits der Öffentlichkeit. Distanz zur Politik und kommunikative Nähe sind auszubalancieren. Bei allem bleibt die Bescheidenheit des Wissenschaftlers wichtig, eine realistische Einschätzung der Möglichkeiten und Reichweiten der eigenen Beratung sind zentral. Angewandte Politikforschung kann Erkenntnisse für die wissenschaftliche Politikberatung bereitstellen. Ob und wie sie genutzt werden, bleibt den politischen Akteuren überlassen.

Der vorliegende Band strukturiert das Feld der angewandten Politikforschung und versucht, in drei Kapiteln sowohl deren theoretische Grundlagen und Konzepte zu reflektieren (Kapitel 1), zentrale Strukturen, Akteure und Ressourcen vorzustellen (Kapitel 2), als auch deren konkrete Anwendung in verschiedenen Politikfeldern zu beleuchten. Dadurch soll der analytische und praktische Mehrwert einer angewandten Politikforschung veranschaulicht, bestehende Missverständnisse innerhalb der Politikwissenschaft abgebaut und ein selbstbewusster Anstich zu einer eigenständigen Forschungsperspektive geleistet werden.

In dieser Motivation ist auch der einführende Beitrag der Herausgeber geschrieben, der die Herausforderungen angewandter Politikforschung skizzieren und die Konturen einer offenen Forschungsagenda aufzeigen möchte. Die Hoffnung der Herausgeber besteht darin, potentielle Leser für Problemstellungen zu sensibilisieren und zu eigenen Forschungsfragen anzuregen. Hierzu ist eine kritische Reflexion über die Möglichkeiten und Grenzen einer angewandten Politikforschung unverzichtbar, die von sämtlichen Autoren des ersten Kapitels in unterschiedlicher Weise aufgegriffen wird.

Andreas Blätte leistet in seinem Beitrag *Der Reformdiskurs in der universitären Vermittlung angewandter Politikforschung – Thesen zu Kontextualisierung und Reorientierung* beispielsweise eine selbstkritische Bestandsaufnahme zur Rolle der noch jungen Professional Schools als Vermittler einer angewandten Politikforschung in Deutschland. Er vergleicht die Entwicklung der deutschen Einrichtungen mit ihren US-amerikanischen Vorbildern und rekonstruiert die jeweiligen Entstehungsbedingungen und Problemhintergründe. Die Analyse institutioneller Faktoren und ideeller Grundlagen ergibt für den Autor, dass besonders der Reformdiskurs der rot-grünen Bundesregierung in den 1990er Jahren das Selbstverständnis der neu gegründeten Professional Schools geprägt hat. Schließlich plädiert Blätte für eine Überwindung der Elitenorientierung in den bisherigen Profilen und schlägt eine Hinwendung zu Konzepten partizipatorischer Governance vor.

Warnfried Dettling beleuchtet in seinem Beitrag *Angewandte Politikforschung – Idee und Wirklichkeit* vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung der Politikwissenschaft in Deutschland die Gründung des Centrums für Angewandte Politikforschung (C·A·P) aus einer Innenperspektive. Er sieht das C·A·P in seinem Rollenverständnis einem kritischen Rationalismus verpflichtet. Angewandte Politikforschung dieser Art frage nach den Voraussetzungen und Folgen einer Politik, nach den nicht beabsichtigten Nebenwirkungen und den institutionellen Zusammenhängen – und immer auch nach den Alternativen zum Status quo. Auf diese Weise sei es dem Centrum immer wieder gelungen, den Wirklichkeitssinn empirisch-analytischer Wissenschaft mit dem Möglichkeitssinn kreativer Politikberatung zu verbinden. Die Aufgabe angewandter Politikforschung sieht Dettling vor allem darin, als aufklärende Instanz die öffentliche Urteilsfähigkeit der Menschen in der Gesellschaft zu verbessern.

Manuel Fröhlich wählt wiederum einen gänzlich anderen Zugang, in dem er die Relevanz einer angewandten Politikforschung ideengeschichtlich ableitet. In seinem Beitrag *Angewandte Politikforschung avant la lettre – Aktuelle Betrachtungen anhand zweier Friedenspläne aus dem achtzehnten Jahrhundert* argumentiert Fröhlich, dass angewandte Politikforschung in ihrem Arbeitsmodus aus verbundener Wissensgenerierung und-vermittlung nicht als Gegensatz zur Grundlagenforschung aufgefasst werden sollte. Er demonstriert dies anhand einer Untersuchung zweier Friedenspläne (Abbé de Saint-Pierre und Immanuel Kant) und zeigt hierbei, dass angewandte Politikforschung eine erkennbare Linie im ideengeschichtlichen Stammbaum der Politikwissenschaft aufweist. Der Autor stellt die These auf, dass wesentliche Elemente dessen, was heute die angewandte Politikforschung kennzeichnet, nennenswerte Vorläufer im Feld der Ideengeschichte haben, wo in vergleichbarer Weise Theorie und Praxis gedanklich verbunden wurden. Daher seien diese als Manifestationen einer angewandten Politikforschung *avant la lettre* zu betrachten.

Heinz-Jürgen Axt bemüht in seinen *Reflexionen zur Politikberatung* zwar nicht ideengeschichtliche Denker des 18. Jahrhunderts, bezieht sich jedoch unmittelbar auf Max Weber, um über das Verhältnis von Wissenschaft und praktischer Politik zu rasonieren. Ausgehend von Webers These einer unterschiedlichen Logik von Wissenschaft und Politik reflektiert der Autor seine eigenen Erfahrungen in der wissenschaftlichen Politikberatung. Für Axt kann es hierbei nicht darum gehen, Wissen und Politik einfach zu addieren. Das Ziel einer wissenschaftlichen Politikberatung müsse vielmehr sein, bei Aufrechterhaltung der Autonomie beider Sphären eine Interaktion und einen Dialog zu organisieren. Seine Tätigkeit in Expertengremien im Bereich der europäischen Integration stellt der Autor den klassischen Politikberatungsmodellen aus der Forschung gegenüber. Er kommt zum Ergebnis, dass ein partnerschaftliches Modell von Politikberatung in der Praxis meist nicht umgesetzt wird. Wissenschaftler lernten zwar durch Politikberatung, die Politik sei jedoch häufig nicht bereit, offen über Politikergebnisse zu diskutieren.

Karl-Rudolf Korte skizziert in seinem Beitrag *Besondere Herausforderungen der Regierungsforschung*. Die Analyse der Regierungspraxis als einer der zentralen Aufgaben

angewandter Politikforschung sei in besonderer Weise auf einen mikropolitischen Zugriff angewiesen, um die Führungsstile und Machttechniken politischer Spitzenakteure in ihrem Entscheidungsmanagement aufzudecken. Diese Spurensuche werde jedoch unter den Bedingungen modernen Regierens erschwert, da der Grad an Informalität im komplexen Politikmanagement stetig zunehme. Für Korte verschwindet dadurch leise das Untersuchungsobjekt der Regierungsforscher. Der Autor spricht sich für eine Intensivierung qualitativer Analysemethoden aus, beispielsweise durch ethnographische und hermeneutische Methoden. Die Spurensuche bleibe wichtig, weil in konsolidierten Demokratien jede Politik rechenschafts- und begründungspflichtig sei. Nach Korte leisten Regierungsforscher in diesem Bereich einen signifikanten Beitrag zur Qualität der Demokratie.

Das zweite Kapitel des Bandes, das auf Strukturen, Akteure, Ressourcen und Gegenstände der angewandten Politikforschung abzielt, wird von *Josef Janning* und *Jürgen Turek* eröffnet. Beide Autoren setzen sich in ihrem Beitrag *Das Centrum für angewandte Politikforschung (C·A·P) – Brückenbauer zwischen Wissenschaft und Politik* mit der Entstehungsgeschichte und dem Anforderungsprofil des C·A·P als zentralem Akteur einer angewandten Politikforschung in Deutschland auseinander. Die Gründungsidee *Werner Weidenfelds* habe darin bestanden, mit einer angewandten Politikforschung als Handlungsfeld universitärer Forschung sachgerechte politische Entscheidungen mitzugestalten und damit zugleich auch in die politische Wissenschaft zu wirken. In dieser Hinsicht bildete das C·A·P eine Innovation in der Beratungslandschaft, da angewandte Politikforschung und Politikberatung als Synthese von wissenschaftlicher Interdisziplinarität, Internationalität und angemessener Kommunikation verstanden wurde. In der Nachzeichnung zentraler Forschungsgebiete (Deutschland-, Europa- und Zukunftsforschung) und Projekten politischer Bildung sei dieses Prinzip aufgegangen. *Janning* und *Turek* kommen in ihrem Rückblick zwar zu dem Ergebnis, dass sich der am C·A·P entwickelte Ansatz bewährt habe, beispielsweise in der Projektorientierung und der Integration der Mediendimension. Der strategische Ausblick fällt jedoch nüchterner aus, da die angewandte Politikforschung in Deutschland aufgrund fehlender Ressourcen noch nicht als etabliert gelten könne.

Wie angewandte Politikforschung an der Universität in konkreten Studiengängen umgesetzt wird, zeigen *Markus Hoffmann* und *Marion Steinkamp* in ihrem Beitrag *Die NRW School of Governance – Angewandte Politikforschung im Spannungsfeld von Forschung und Lehre*. Die beiden Autoren erläutern, wie es gelungen ist, in Nordrhein-Westfalen eine Professional School für Public Policy zu etablieren und welche Maßstäbe für das entwickelte Profil von Bedeutung sind. Eines der grundlegenden Ziele des Master-Studiengangs „Politikmanagement, Public Policy und öffentliche Verwaltung“ habe darin bestanden, neben einem theoretischen fundierten Studiengang auch ein hohes Maß an praktischer Relevanz für die Ausbildung der Studierenden zu gewährleisten. Eine Herausforderung sehen die Autoren darin, eigene Kriterien wissenschaftlicher Exzellenz zu entwickeln und das politikwissenschaftliche Verständnis um anwendungsorientierte Lehr- und Forschungsansätze zu erweitern. Für *Hoffmann* und *Stein-*

kamp entwickelt sich ein derartiges Forschungsprofil dynamisch, indem neben der Regierungs-, Parteien- und Kommunikationsforschung auch neue Forschungsfelder (Politische Ethik, Landespolitik) integriert werden, um aktuellen politischen Veränderungen stets Rechnung zu tragen.

*Josef Janning* beschäftigt sich in seinem Beitrag *Auswärtiges Amt – Eine Betrachtung zum Wandel von Außenpolitik und Politikberatung in Deutschland* mit den veränderten Bedingungen im Feld der Außenpolitik von der Bonner zur Berliner Republik. Für Janning nahm die politikberatende Expertise in Planung und Umsetzung deutscher Außenpolitik zu den Zeiten des Kalten Krieges eher eine Randrolle rein. Dies habe sich jedoch mit der politischen Zäsur von 1989 fundamental geändert: sowohl in Bezug auf die Nachfrage seitens der politischen Akteure als auch im Hinblick auf die Angebotsseite der politikberatenden Akteure könne von einem Paradigmenwechsel gesprochen werden. Der Stellenwert von Politikberatung habe sich durch die Unsicherheit in Entscheidungsfragen und einer wahrgenommenen politischen Unübersichtlichkeit erhöht, besonders in der Außen- und Sicherheitspolitik. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, dass sich die außenpolitische Reflexion und Entscheidungsvorbereitung im Auswärtigen Amt durch politikberatende Institutionen in Form, Inhalt und Dichte enorm verbreitert hat, beispielsweise durch Analyse, Interpretation und Strategiebildung in der Europa-, Allianz- und Sicherheitspolitik sowie in der Entwicklungs- und Umweltpolitik.

*Tassilo Wanner* und *Daniel von Hoyer* beleuchten in ihrem Beitrag *Angebot trifft Nachfrage? Politikberatung im Umfeld deutscher Parlamente* die Möglichkeiten und Schwierigkeiten angewandter Politikforschung in der täglichen Parlamentsarbeit. Die Autoren geben einen umfassenden Überblick über die Beratungspraxis im Umfeld deutscher Parlamente und zeigen hierbei auf, an welchen Stellen strukturelle Hindernisse einem optimalen Zusammentreffen von Beratungsangebot und -nachfrage im Wege stehen. Die Unterschiede in Strukturen, Arbeitsweisen und Rahmenbedingungen parlamentarischen Arbeitens in Bund und Ländern erlaubten keine Standardmodelle und -lösungen für die Politikberatung in deutschen Parlamenten, so dass sich eine bunte Vielfalt an etablierten Formen der parlamentsinternen und -externen Beratung von Volksvertreten entwickelt habe. Parlamentarische Politikgestaltung – so eine der zentralen Thesen – wäre sowohl in ihrer Vielfalt als auch ihrem Tempo ohne die Beratung der handelnden Akteure durch Dritte nur schwer vorstellbar.

*Otto Schmuck* erweitert im nächsten Beitrag *Landesregierungen und Mehrebenenpolitik* die Perspektive, indem er die Bedeutung der regionalen Ebene im EU-System untersucht und die hierbei wirkenden vielfältigen politischen Mechanismen zwischen verschiedenen Regierungsebenen nachzeichnet. Angewandte Politikforschung wird hier an den Schnittstellen sichtbar. Nach Schmuck lässt sich ein Rollenwandel der Regionen beobachten, die zunehmend vom Objekt zum Mitgestalter europäischer Politik wurden. Dadurch habe sich ein neues Handlungsfeld für Landespolitiker ergeben, die nach Einflussmöglichkeiten und Mitsprache gesucht hätten, um dem Machtverlust der Länder durch die Europäisierung zu begegnen. Länder und Regionen seien hierbei durch-

aus erfolgreich gewesen, beispielsweise durch den Ausschuss der Regionen oder die Entsendung regionaler Minister in den Rat. Allerdings falle es den Ländern in der EU der 27 Mitgliedstaaten im Vergleich zur früheren EG zunehmend schwerer, direkten Einfluss auf die Verhandlungen des Rates oder der Kommission zu nehmen.

Melanie Piepenschneider wechselt in ihrem Beitrag *Stiftungen – Politikforschung und Politikberatung auf christlich-demokratischer Grundlage* den Fokus und analysiert die Rolle politischer Stiftungen, speziell der Konrad Adenauer-Stiftung, im Kontext veränderter politischer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen. Ausgehend von den zunehmenden Anforderungen einer Multi-Kompetenz an politische Entscheidungsträger zeigt die Autorin, wie politische Stiftungen versuchen, diesen Herausforderungen durch ein wertgebundenes, glaubwürdiges und praxisorientiertes Profil ihrer Politikforschung und Politikberatung gerecht zu werden. Hierbei stünden Stiftungen vor der Aufgabe, die richtige Balance zu finden zwischen der tagesaktuellen Entwicklung von Strategien und Lösungsoptionen und der Förderung von „Grundlagen politischen Wirkens“ als ein Denken auf Vorrat. Zudem gelte es, die politische Bildung als Politikberatung an der Basis zu fördern und als politische Stiftung in diesem Bereich eine Scharnierfunktion wahrzunehmen.

Thomas Leif widmet sich in seinem Beitrag *Souveränitätsverzicht der Politik und Bedeutungsverlust der Parlamente – Lobbyismus als Schatten-Management der parlamentarischen Demokratie* einem kontrovers diskutierten Spannungsfeld in modernen Demokratien. Er stellt in pointierter Form die Mechanismen des Lobbyismus dar und rekonstruiert anhand exemplarischer Beispiele aus der Praxis die „Infrastruktur des Berliner Lobbyismus“. Leif argumentiert, dass Lobbyisten in ihrer jetzigen Praxis die Grundprinzipien des Pluralismus missachten und dadurch ein massives Legitimationsdefizit aufweisen. Als zentrales Problem identifiziert er den wechselseitigen politischen Nutzen von Seitenwechseln für die Lobby-Organisationen und Politiker. Um dieser Praxis entgegenzuwirken, bedürfe es einer Revitalisierung des Parlaments als Gegenstrategie. Mit zehn Lösungsansätzen und einem aufrüttelnden Fazit versucht Leif für ein von der Öffentlichkeit wenig beachtetes politisches Problem zu sensibilisieren.

Jürgen Gros analysiert die *Kommunikation in Genossenschaftsverbänden* und konzentriert sich aus der Perspektive einer angewandten Politikforschung auf die besonderen Merkmale, Erfolgsfaktoren und Ziele eines regionalen Akteurs, insbesondere auf den Genossenschaftsverband Bayern, in seinem politischen Kontext. Er beschreibt systematisch die Rahmenbedingungen und erläutert das Selbstverständnis eines Genossenschaftsverbandes. Für Gros sind Genossenschaftsverbände in ihrer Kommunikation zwar von globalen Entwicklungen, wie bei der Finanzmarktkrise und der Reaktorkatastrophe von Fukushima, abhängig und gezwungen zu reagieren. Dennoch gebe es für die Verbände Möglichkeiten, selbst eine kommunikative Gestalterfunktion auszufüllen, was sich in beiden Krisenphasen gezeigt habe.

Andreas Kießling untersucht in seinem Beitrag *Politische Unternehmenskommunikation und angewandte Politikforschung – Potentiale und Limitationen am Beispiel der Erneuerbaren Energie-Politik im Wendejahr 2011* die Rolle der angewandten Politikforschung im